

»Gehört Sachsen noch zu Deutschland«

Referat von Tom Strohschneider, Chefredakteur des nd, auf der »Was zu tun ist!?!« -Konferenz am 27. August 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Entschuldigung, als ich das letzte Mal von der Linken eingeladen wurde, kam etwas dazwischen.

Ich war gebeten worden, eine Frage zu beantworten, bei der ein gebürtiger Berliner ein bisschen ins Schwitzen kommt. Wegen der H-Milch-Versorgung damals. Und dem Westfernsehempfang. Wir hatten es besser. Ihr nicht. Also die Frage: Gehört Sachsen noch zu Deutschland?

Zugegeben, was da aus Dresden, Heidenau, Chemnitz, Freital, Clausnitz, Meißen, Bautzen und so fort zu sehen und zu hören war, könnte einen Schluss nahelegen: Sachsen ist besonders braun, besonders gemein, besonders unbelehrbar. Und wenn man sich die Fahnen bei Pegida ansieht, weiß man ja auch nicht, was diese seltsame Mischung aus Russland, Norwegen und falschherum getragenen Deutschlandfeudeln bedeuten soll.

Aber Sachsen ist nicht »außerhalb von Deutschland«, sondern mittendrin, wenn man so will: ein hier und da besonders scharf konturierter Ausdruck von etwas, dass in Berlin genauso »da ist« wie in München: eine gesellschaftliche Krise, eine tief in die soziale und politische Tektonik hineinreichende Bewegung, die vieles verändern wird – nicht zuletzt die Bedingungen, unter denen um demokratisch-sozialistische Verhältnisse gerungen wird.

Die Überschrift dieser Veranstaltung hier lautet:

»Was zu tun ist!?! - Wie stellen wir uns als LINKE Sachsen auf?«

Gute Frage.

Journalisten haben es leicht, sie können große Worte aufschreiben – niemand misst sie später daran. Sie können jeden kritisieren – und müssen es nicht selber besser machen. Wir stehen nicht zur Wahl.

Obwohl: Es gibt sogar eine Ähnlichkeit zwischen Ihnen und Euch und der Zeitung, bei der ich arbeite: dass wir ein ziemliches Problem mit unseren älteren Mitgliedern/Wählern haben, die einfach wegsterben und dann weder im Wahlkampf helfen können und auch kein Abo mehr brauchen. Das zu ändern, ist eine noble Aufgabe – und eine schwierige. Wie das mit der Zeitung besser klappen kann, ist heute aber nicht das Thema. Wie es um Sie und Euch bestellt ist, dazu hab ich ein paar Thesen aufgeschrieben.

Die erste soll sie nicht entmutigen, aber sie ist wahr: Eine Partei ist vor allem Ausdruck sozialer Verhältnisse und Konfliktlagen – und daher nur begrenzt in der Lage, durch bessere »Performance«, verständlichere Forderungen usw. etwa an ihrem Stand in der Parteienkonkurrenz zu ändern. Eine Partei ist zugleich nicht in der Lage, in relevanter Qualität so etwas wie Bewegungen von oben »zu organisieren«, die dann solche Konflikte zuspitzen, dynamisieren könnten.

These 2: Von dem, was in These 1 gesagt wurde, profitiert in dem derzeitigen Wahlzyklus die AfD. Es ist dabei ganz egal (oder sogar ein Vorteil für diese Partei), wenn sie sich so beträgt, wie sie sich beträgt: grundrechtswidrig, inhuman, entsolidarisierend, zerstritten, erratisch, pöbelnd, faschistoid. Sie erzeugt auf diese Weise politische Gegenreaktionen – unter

anderem von der Linken, also Kritik, Ermahnungen, Ausgrenzung -, die die Rechtsaußen-Anhängerschaft in ihrem Denken bestätigen: Das wird man doch wohl nochmal sagen dürfen. Man kann lange darüber streiten, ob man über jeden Petry-Pups berichten muss – oder damit nicht einen Eindruck bestärkt, der kein Abbild der realen Verhältnisse ist: die AfD ist die wichtigste Partei mit den meisten Anhängern, jedenfalls in der Welt der Internetkommentare. Es ist nicht so, es gibt eine Mehrheit jenseits davon und das ist gut so.

These 3: Die Linkspartei ist mit These 1 nicht von Kritik freigestellt – selbstverständlich könnte sie dennoch besser sein. Mehr noch: Sie müsste es. Vor allem: Sie muss es wollen.

Wie geht das? Ich weiß es nicht, ich bin kein Politiker. Auch kein Politikberater. Ich habe nur ein bisschen eine private Ahnung, wie es nicht geht:

- ein durchaus glaubwürdiger Ansatz einer solidarischen Idee wird stets zu staatstragend und zu eng zu »parteitypisch« kommuniziert, und das in einer Zeit, in der es wichtig wäre, das äußerst Schwierige zu schaffen: sich vom »Mainstream«, vom »Merkel-Lager«, von der »Großen Koalition« einerseits abzusetzen, andererseits dabei nicht als bloße Protestpartei von links oder gar als AfD-light rüberzukommen. Es ist einfach Quatsch, wenn man hört, die Linke vertritt die Interessen der Mehrheit und dann werden dazu passende Umfrageergebnisse präsentiert. Man kann den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auch aus aggressivem Nationalismus wollen.
- die Linkspartei hat sich schon im vergangenen Jahr eine Debatte (ohne Not) aufzwingen lassen: Muss man AfD-Wähler zurückgewinnen? Oder, das war eine Variante davon: Hat die Linke die soziale Frage zu wenig betont? Ich hatte nie den Eindruck, die »soziale Frage« sei zu wenig betont worden – aber vielleicht hat man sie falsch angesprochen. Oder auf eine Weise, die nicht glaubwürdig ist. Oder die verunsichert, statt bei den Leuten die Reaktion hervorzurufen: Hej, das stimmt. Das interessiert mich. Das hat mit meinem Leben zu tun.

Muss man AfD-Wähler zurückgewinnen? Nein, muss man nicht. Man wird es auch nicht schaffen. Es sei denn, man schreibt sich Grenzen in sein Wahlprogramm. Geschlossene oder solche der angeblich objektiv begrenzten Kapazität. Oder dass der Islam verboten gehört. Oder dass Putin ein neuer Heiland ist. Die AfD-Wähler sind keine Leute, die versehentlich eine rechtsradikale Partei ankreuzen.

Es geht den Leuten ja nicht nur hier so. Ich will deshalb einmal Robert Menasse zitierten, der auf den durchaus zutreffenden Vorhalt eines Interviewers vom »Kurier« die Wähler des Freiheitlichen Bundespräsidentenkandidaten Hofer betreffend - »Es können ja wirklich nicht alle Nazis sein« - antwortete: »Mich langweilt diese Debatte. Ich frage Sie, was es für einen Unterschied macht, ob einer, der Nazis wählt, ein Nazi ist oder nicht. Ob die Wähler, die diese Stimmen abgegeben haben, sich selbst als Nazis bezeichnen oder als Patrioten oder als Volk oder als sonst irgendetwas, ist doch völlig unerheblich.«

Man soll das nicht missverstehen: Es geht nicht darum, den Kampf um diese Köpfe aufzugeben. Es geht nicht darum, die sozialen, wirtschaftlichen, mentalitätspolitischen Gründe für eine wachsende AfD-Wählerschaft aufzugeben. Aber man schafft es nicht, diese Leute in einem Wahlkampf oder durch das Verbreiten von markigen Sprüchen »zur Vernunft zu bringen«, Parolen die dann als 30-Sekunden-Zitate den medialpolitischen Betrieb am Laufen halten.

These 4: Die Linkspartei könnte vielleicht mit etwas punkten, was weder die Rechtsradikalen noch die anderen Etablierten machen: mit einer neuen politischen Kultur. Damit sind nicht zuvörderst Maßnahmen gemeint, die nur ein kleines Milieu von demokratiepolitisch Interessierten bewegt, also etwa Rotationsfragen, Diskussionsstil, neue Abstimmungsformate, Debatten über demokratiepolitische Grundsatzfragen usw. Sondern eine andere Kultur der Ansprache, des Auftretens: mehr Ehrlichkeit über die Begrenztheit politischen Agierens auf Landesebene; mehr Bereitschaft, eigene Zweifel zuzugeben – auch an sich selbst; mehr Lust und Offenheit, die Widersprüche linken Agierens unter kapitalistischen Verhältnissen offen zu politisieren, die Fähigkeit, eine auch emotionale Nähe herstellen zu den vielen, denen es genauso geht: draußen nur noch Krise, Krise, Krise – und in Wahrheit hat keiner wirklich eine naheliegende Idee, wie man das in ein, zwei Jahren wieder abstellen kann.

Da helfen auch linke Parolen nicht drüber hinweg.

Fluchtursachen bekämpfen, wird zum Beispiel immer gesagt. Darin steckt: Wenn wir Weltfrieden erreicht haben und der Klimawandel gestoppt wurde, gibt es keine Gründe mehr für den Ausnahmezustand Migration. Das ist Quark. Die Welt ist in Bewegung, ganz wörtlich. Und sie wird es bleiben. Was denkt die Linke eigentlich über die Menschen, die nicht mehr wegen Krieg, Verfolgung, Hunger, Armut, ökologischer Katastrophe und so weiter hierher kommen? Und was hat sie für die politisch im Angebot?

These 5: Aber zurück zu den Leuten hier, und das meine ich auch ganz wörtlich – zu den Ostdeutschen. Jörg Schindler und Tobias Schulze haben einen der m.E. besten Texte in Auswertung der Frühjahrswahlen geschrieben – in ihrer Analyse liegt ein sehr großer Hund begraben was die Zukunft der Linkspartei angeht.

»Diese Wahlen hatten Fragen der Identität, der Kultur, der Stabilität und der persönlich gefühlten Sicherheit zum Gegenstand – gerade nicht vorrangig Fragen von Verteilung und Gerechtigkeit.« Und am Beispiel von Männern aus Sachsen-Anhalt in einer bestimmten Altersgruppe und Sozialkohorte schreiben sie: »Vielmehr lässt sich in der wahlpolitischen Reaktion das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse verfolgen, das die letzten 25 Jahre Sozialisation dieser Bürger geprägt hat.«

Wenn das stimmt, ich sehe es als sehr einleuchtend an, was heißt das für die Politik der Linkspartei? Ein paar Gedanken:

- a) in der öffentlichen Wahrnehmung wird sie nicht mehr als Vertreterin ostdeutscher Interessen wahrgenommen, damit ging auch ein Bezugspunkt für WählerInnen verloren, die schon die PDS gewählt hatten – aber nicht, weil da was mit Sozialismus draufstand
- b) dafür gibt es zwei Gründe: die Verwestlichung der Partei im medial-politischen Diskurs und der »Aufstieg« vom Paria zur etablierten Kraft im Osten.
- c) sozialpsychologische, sexualpolitische Fragen sollten wieder stärker eine Rolle spielen bei der Linken – nicht zuletzt weil sich das, was an großen Veränderungen passiert (unser kleiner Weltkrieg) im Kopf von Einzelnen »realisiert« wird (Berufe, soziale Lage, globale Realitäten und ihre Widerspiegelung in »lokalen Köpfen«, Aufstiegsversprechen und Abstiegsrealität).

Was wissen wir als Linke eigentlich darüber? Ist es nicht auch Ausdruck von einer gewissen Unbedarftheit, wenn Linke sagen, wenn die Leute nur mehr Lohn und mehr Sozialleistung

bekommen, verschwindet das Problem AfD – was für ein Menschenbild ist das eigentlich? Was, wenn es gar nicht so einfach ist: Zack, Reichensteuer, Umverteilung, bessere Lebenslage...?

Wen die Linken darüber mehr wüssten, wie sich real existierende ökonomische und andere Herrschaftsverhältnisse über Umwege, Verzerrungen, Spiegelungen und dem Einfluss von Leuten, die immerzu alles besser wissen, das verändern und prägen, was so ein »Denken« ausmacht, dann könnte man auch besser erklären, warum die Leute a) sagen, der Kapitalismus ist doch Mist und b) die gleichen Leute Merkel wählen, weil die für Nicht-Veränderung steht, die sie als Sicherheit interpretieren.

Wir müssten also über Angst reden, ohne dass damit gemeint ist, die »Sorgen« der »besorgten Bürger« ernst zu nehmen. Das ist eine Floskel, in der nichts anderes steckt als Anbiederung. Wer so redet, hat schon verloren. Nochmal Robert Menasse: »Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Ja, eh! Aber warum nur die Sorgen der Faschisten? Warum nicht auch meine Sorgen? Warum nicht die Sorgen all der engagierten und aufgeklärten Menschen, die gegen die Hetz-Meuten noch immer eine solidarische Zivilgesellschaft verteidigen?

These 6: Houston, wir haben ein klassenpolitisches Problem. Und das liegt darin, dass es der Linken nicht (mehr?) gelingt, die vielfältigen Interessen, Ansprüche, Lebenswelten von ganz unterschiedlichen Milieus in eine gemeinsame Erzählung der sozialen, materiellen Veränderung zu bringen. (Was wir gut können: Ideologiekritik!) Man könnte an dieser Stelle Walter Benjamin zitieren: »Jeder Faschismus beruht auf einer gescheiterten Revolution.« Nun geht es hier nicht um die Besetzung des nächsten Hauptpostamtes, aber darum, dass es eine glaubwürdige, realistische und eben auch wirklich alternative Veränderungsperspektive gibt – die aber voraussetzt, einen Akteur oder eine Konstellation von mehreren Akteuren handlungsfähig zu machen.

Wer könnte das sein? Wenn jetzt die vielen Beschäftigten wieder mehr ins Zentrum linker Politik rücken würden, die jeden morgen in irgendeine Fabrik oder ein Amt gehen müssen, damit die Miete bezahlt und Essen gekauft werden kann, wäre das super. Aber diese Menschen sind kein monolithischer Block mehr, sie haben zum Teil sogar konkurrierende Interessen.

Horst Kahrs hat über das, was sich gerade ändert, geschrieben: »die Normalität wird neu definiert, aufsteigende soziale Klassen verdrängen andere aus dem Zentrum von Politik und Gesellschaft. Statistiken wachsender sozialer Ungleichheit und »Prekarierungsdebatten« vermögen diese Umwälzungen in Arbeitswelt, sozialen Milieus und ihrer wechselseitigen Beziehungen und Verbindungen ins politische Feld kaum einzufangen«.

Was also ändert sich da: Vier Aspekte drängen sich unmittelbar auf: der wachsende Druck zur Höherqualifikation in den verbleibenden Fachlehrberufen (»lebenslanges Lernen«), die höheren Eintrittshürden in die Berufswelt und die Bedeutung von (formaler) akademischer Bildung für den Lebensweg der nachwachsenden Generation (Druck zum Abitur), die Unsicherheit im Rat gegenüber der nachwachsenden Generation (Berufswahl) und die Neuzusammensetzung von Wertschöpfungsketten (Verlagerungen, Ausgliederungen usw.)

Daraus wird man keine einfachen Schlussfolgerungen ziehen können. Man müsste sich vielleicht ein bisschen mehr anstrengen, »zu sagen, was ist«. Das setzt voraus, dass wir wissen, was ist.

Nochmal zum klassenpolitischen Problem: Der französische Linke und Soziologe Didier Eribon spitzt das auf eine kleine Verschwörungstheorie zu (die mich an die Entstehungserzählungen des Neoliberalismus erinnern): In den 1980er Jahren hätten »linke Neokonservative mit Investorengeld Konferenzen organisiert, Seminare gegeben und mediale Debatten angezettelt mit dem Ziel, die Grenze zwischen rechts und links zu verwischen. Das war eine konzertierte Kampagne. Sie wollten all das abschaffen, worauf sich linkes Denken gründet: den Begriff der Klasse, die soziale Determination, die Ausbeutung der Arbeitskraft etc. Heute sehen wir, dass sie zum größten Teil erfolgreich waren.«

Der letzte Satz stimmt und er beschreibt das klassenpolitische Problem der Linken heutzutage. (Man darf Klassenpolitik übrigens nicht verwechseln mit besonders lautem und aggressiven rufen nach irgendwas.)

These 7: Die Linkspartei müsste einmal eine Strategiedebatte führen. Was? Das machen wir doch ständig? Nun ja, das könnte man denken – die Zahl der vorgelegten Papiere spricht ja durchaus dafür. Der »Sozialismus 2.0« ist noch nicht lange her. Die »Revolution der Gerechtigkeit« auch nicht. Dass es darum eine nachhaltige, auf Ergebnisse ausgerichtete Debatte gegeben hätte, kann man aber nicht sagen. Das hat mehrere Gründe. Wer soll da wie mit wem debattieren? Wie geht sowas, der große Ratschlag, der dann auch noch auf Dauer gestellt ist? Das sind, natürlich, Schwierigkeiten. Aber sie erklären nicht, dass der Eindruck entsteht: die Partei insgesamt ignoriert, was da als Thema vorgeschlagen wurde. Es wurde ja nicht einmal richtig kritisiert, auseinandergenommen, ein Gegenvorschlag unterbreitet. Stattdessen wurde getuschelt. Und in Sozialen Netzwerken werden kleine Signale ausgetauscht. es wäre ja schon ein Fortschritt, wenn nicht jedes Thema subkutan auch als Wiederaufführung von Strömungskonflikten der Vergangenheit behandelt würde. Oder alles wie eine Ableitung der guten alte Regierungsfrage erscheint.

These 8: Es wäre dabei vielleicht hilfreich, wenn auch die Bundestagsfraktion etwas zur strategischen Debatte beitragen würde. Sie tut dies nach meinem Dafürhalten nicht (nicht mehr, wir erinnern uns an Motoren, die einen Politikwechsel antreiben sollten) – aber sie dominiert das, was »normale Leute« von der Partei wahrnehmen. Das hat mehrere Gründe: die mediale Logik, die Prominenz von Leuten, die diese Prominenz auch zu nutzen verstehen, selbst wenn das zum Nachteil des Gesamtinteresses der Partei ist, die bundespolitische Sogwirkung, die fast alle Themen inzwischen haben, was etwa die Rolle der Landespolitik schrumpfen lässt (strukturell gibt es Gründe, geringerer Spielraum, fehlende Zuständigkeiten und Hebelmöglichkeiten etc.)

Es hat aber auch etwas mit unausgesprochenen Problemen der Partei zu tun: Wer hat denn und eigentlich das Sagen? Der Vorstand? Die Fraktion? Der eigentliche Souverän? (ja, die schönsten und berechtigterweise am wütendsten vorgetragenen Kritiken über die Missachtung der Basis kommen aus diesem Landesverband hier.) Und was steckt dahinter?

Konzentriert sich die Linke – und das sagt einer, der gern von Leserbriefautoren – es sind nur Männer, die sich so äußern - als Bauchredner der Regierungsrealos bezeichnet wird: Konzentriert sich die Linke also zu sehr auf ihre parlamentarische Vertretung? Ordnet deshalb auch zu vieles dem unter (wer bekommt welche Ressourcen, Debatten bitte nur jenseits von Wahlkampfzeiten – also nie, wie wirkt sich die Logik der Listenplatzvergabe aus und so fort.

These 9: Wollen Sie, wollt Ihr noch etwas optimistisches hören? Bittesehr: Es gibt in D so etwas wie ein »Lager der Solidarität«, quer zu tradierten Parteimitgliedschaften oder Wahlverhalten – mit ähnlichen Ansprüchen an Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Sozialstaat,

Frieden, Ökologie usw. Dieses Lager gibt es bisher nur »an sich« – noch nicht »für sich«. Wer ist das: »Die Zigtausenden, die sich seit Monaten um Geflüchtete kümmern, die sich auf Demonstrationen den Rassist*innen entgegenstellen, die sich für eine verteilungspolitische Wende zu Gunsten einer gerechten Finanzierung der Aufnahme und Integration von Menschen einsetzen.« Dieses Lager ist nicht einfach da, sondern es bildet sich durch das soziale Handeln in einer gesellschaftlichen Konfliktsituation. Es erschafft sich selbst, »quer zur bekannten Polit-Landschaft«. Denn: »Es erweist sich immer mehr, dass die politische Substanz und die parteipolitische Form nicht mehr kongruent sind.«

Jene, die »für eine europäische Lösung, weniger Abschottung, Erhalt des Asylrechts, menschenwürdige Bedingungen für Geflüchtete und eine über Umverteilung finanzierte materielle soziale Basis für alle unabhängig von Herkunft und Pass« eintreten, verteilen sich nicht mehr entlang der Grenzen von Parteien, die Trennlinien verlaufen heute eher durch die Parteien hindurch.

Ich nenne das den »dritten Pol«: Er ist charakterisiert durch ein politisches Momentum, das sich dadurch auszeichnet, dass die Konfliktsituation und -logik im politischen Feld nicht das soziale Handeln eines relevanten Teils der Gesellschaft abbildet und repräsentiert. Es handelt sich um eine situationsgebundene politische Repräsentationslücke. Zweitens zeichnet sich dieser Pol durch die sozialen Aktivitäten aus, das Handeln vieler, die tun, was sie für nötig halten. Der Pol erschafft sich dadurch selbst. Drittens, das macht die politische Schwäche des Pols aus, fehlt ihm die politische Form, um zum politischen Subjekt zu werden.

Das kann eine Chance für die Linkspartei sein. Nicht als »Organisatorin« dieses Pols. Aber vielleicht als Treiberin für eine gesellschaftliche Entwicklung, die auf etwas Neues hinausläuft, die sich nicht an Parteiform klammert, die die Unzulänglichkeit des nationalstaatlichen Parlamentarismus begreift und so weiter.

Zum Schluss deshalb noch einmal Robert Menasse: »Alle politischen Herausforderungen, die wir heute demokratisch gestalten müssen, sind längst transnational: die Finanzströme, die Wertschöpfungsketten, die Bedingungen des Welthandels, die ökologischen Probleme, die Migrationsbewegungen, die modernen Kommunikationsmittel mit ihren Gefahren wie Überwachung und Datenmissbrauch, die Friedenssicherung, und ewig so weiter. Es gibt nichts mehr, das innerhalb der Grenzen eines Nationalstaats geregelt oder an den Grenzen abgehalten werden kann. Wir werden diese Herausforderungen europäisch lösen, oder gar nicht. Der nationale Weg führt ins Desaster.«